

dort gemachten Erfahrungen neue, in jener Denkschrift nicht berücksichtigte Gesichtspunkte zur Sprache zu bringen, so bin ich zu deren Prüfung gerne bereit usw. usw."

daß also der Frage näher getreten werden solle, wenn neue Gesichtspunkte vorgebracht werden können. Der Redner ist der Meinung, daß dies jetzt durch die 14 Jahre umfassende Statistik des Kreditoren-Vereins der Fall sei. Herr Stöffler bedauert unendlich diesen Mangel der Konkursordnung gegenüber der Tatsache, daß dieselbe trotzdem gut sei, sie sei geradezu silber-, gold- und juwelenwertig gegenüber den Bestimmungen, die mit wenigen Ausnahmen in anderen Ländern Geltung haben. Zu bedauern sei nur, daß so selten von der Möglichkeit, die unsere Konkursordnung zulasse, Gebrauch gemacht werde, schon in der ersten Gläubiger-Versammlung den Zwangsvergleichsvorschlag zu machen. Dieser Mangel liege zwar in der Natur der Sache, da es oft unendlich schwer sei, eigennützig Gläubiger zum Beitritt zu bewegen. Der Referent berichtet von den unerhörtesten Schwierigkeiten, mit denen oft die Eigennützigkeit einzelner den Ausgleichsbemühungen entgegenstehe und nicht selten die Masse schwer schädige. Er ist daher der Meinung, man dürfe nicht nachlassen, immer wieder und wieder diese Frage in den Vordergrund zu rücken, bis endlich unsere Gesetzgebung den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens gerecht wird und glaubt, daß gerade das Ergebnis der Statistik des Creditoren-Vereins ein so wertvolles wichtiges Material darstelle, daß man hoffen könne, das Reichsjustizamt dadurch zu veranlassen, in erneute Prüfung der Angelegenheit zu treten. Durch das Fehlen des Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses werden dem deutschen Wirtschaftsleben ungeheure Verluste zugefügt. Er bittet nun, sich darüber schlüssig zu machen, in welcher Weise vorgegangen werden soll.

Herr Marfels schlägt vor, man solle Herrn Stöffler die Art der weiteren Verfolgung überlassen. Er hält das Zahlenmaterial für bedeutungsvoll. Die erzielten Resultate mit 48 gegen 19% seien außergewöhnlich günstig.

Herr Baumert bringt in Zusammenhang mit dem Thema den Ankauf von Forderungen zur Sprache. Herr Stöffler warnt davor und führt den Nachweis der Gefährlichkeit an einem Beispiel.

Herr Stöffler wird nunmehr gebeten, im Sinne seiner Ausführung die weiteren Schritte zu einer gemeinsamen Eingabe an das Reichsjustizamt zu veranlassen.

Petition gegen die Lieferung von Waren an die Beamten-Vereine.

Die Petition wird verlesen, in der Tendenz für richtig erkannt, indes soll sie weiter ausgebaut werden.

Herr Marfels schlägt die sofortige Redigierung vor, während Herr Stöffler glaubt, daß nicht die „Interessen-Verbände“ allein vorgehen sollten, sondern Anschluß an den Mittelstands-Verband gesucht werden soll. Die Wirkung wäre dann größer.

Herr Stöffler ist außerdem für die Bearbeitung durch unsere juristischen Mitarbeiter, Herrn Rechtsanwalt Brecht und Dr. Fischer, und dann für Weitergabe des Entwurfs an Herrn Stadtrat Seyfferth, den Vorsitzenden des Mittelstands-Verbandes in Leipzig, der Herrn Baumert bekannt ist.

Herr Stöffler kommt nochmals kurz auf den vorherigen Punkt zu sprechen und erbittet sich für die Petition betreffend den außergerichtlichen Zwangsvergleich Herrn Dr. Fischer als Mitarbeiter. Herr Jaglin wird Herrn Dr. Fischer verständigen.

Schaffung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

Herr Marfels bespricht die Einrichtung des Juwelier-Verbandes und bedauert, daß Herr Fischer nicht anwesend sei. Es hätte sich dann leichter der Weg des

Ausbaues finden lassen. Es wäre jedenfalls wünschenswert, wenn man sich dieser Stelle, die energisch vorgehe und Erfolge erzielt habe, anschließe und die Sache finanziell unterstütze, indem die Kosten unter den Verbänden partizipiert werden.

Herr Baumert meint, daß es mit einer solchen Stelle in „Berlin“ nicht getan sei. An anderen Plätzen würde in gleichem oder ähnlichem Sinne unlauterer Wettbewerb getrieben. Die Dezentralisierung hätte aber außerordentliche Schwierigkeiten. Selbst wenn man die Zentrale auf die Großstädte ausdehne, sei es immer erst halbe Arbeit.

Herr Marfels glaubt, daß hier eben der schriftliche Weg mit benutzt werden müsse. Vor allem sei die Presse heranzuziehen, indem man entsprechende Hinweise über das Neppertum unterzubringen versuche. Man müsse sich außerdem Vertrauensleute suchen und diese unterrichten, wenn an ihrem Platz etwas vorliege.

Herr Stöffler befürwortet eine neutrale Stellung. Was in Berlin Geltung hat, trifft für andere Plätze nicht zu. Man solle die Resultate in Berlin abwarten. Soweit aber Fälle bekannt werden, solle man sie energisch weiter verfolgen.

Herr Marfels spricht nochmals für die „Zentralstelle“. Wenn sie begründet würde, dann sei es notwendig, an möglichst vielen Orten Vertrauensleute zu suchen, denen man die Untersuchung an dem betreffenden Platz aufgibt und ihr Interesse dadurch erweckt, daß man eine Entschädigung von 25 Mark für jeden Fall zahle, der zur Bestrafung geführt hat. Herr Baumert sieht hier ein weiteres Gebiet der Tätigkeit für die Innungen. Herr König weist darauf hin, daß gerade in unserem Gewerbe der unlautere Wettbewerb zu Hause sei. Man wende sich mit Erfolg an die Schutzgemeinschaft der betreffenden Plätze. Dort könnte alles Material gesammelt und der Allgemeinheit besser dienstbar gemacht werden.

Herr Stöffler stimmt den Anregungen des Herrn König zu. Es müsse vor allem eine rein örtliche Tätigkeit einsetzen. Ob die „Interessen-Verbände“ die Stelle für die „Zentrale“ seien, lasse sich schwer bestimmen. Es käme doch hier auch die finanzielle Seite in Betracht. Seine Ansicht gehe dahin, die Berliner Stelle zu bitten, an die einzelnen Verbände die geeigneten Fälle zur Behandlung in der Presse bekanntzugeben.

Herr Marfels berührt nochmals die Kostenfrage. Man solle doch durch Geldspenden die Berliner Stelle weiter auszubauen versuchen. Man beschränkt sich aber vorerst darauf, der Berliner Schutzorganisation die Sympathie der Interessen-Verbände auszusprechen.

Die Angelegenheit soll als Gegenstand der Behandlung nochmals auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden.

Die Erhöhung des Postbezugspreises für die Uhrmacher-Zeitungen auf 100 Mark pro Jahr.

Herr Heckel führt als Grund für die Erhöhung des Postbezuges für die Uhrmacher-Zeitungen auf 100 Mark an, daß die verschiedenen Unterverbände den Wunsch ausgesprochen hätten, den Bezug von Fachzeitungen durch Private zu verhindern. Über die Postabonnenten fehle dem Verlage jede Kontrolle und die Post verweigere die Auskunft über ihre Bezieher. Die Klagen der Uhrmacher seien berechtigt, denn sie können leicht geschädigt werden, wenn die Fachzeitungen in unberufene Hände kommen.

Herr Marfels kann auf die gleichen Klagen aus den Reihen seiner Leser hinweisen. Es ist auch von ihm versucht worden, hier Abhilfe zu schaffen. Er habe sich an die Post gewandt und angefragt, ob die Postabonnenten nicht im Wege der Überweisung geführt werden können. Die Post lehnt diese Art der Behandlung aber ab. Mit dem hohen Preise, der ja dann naturgemäß auf der Zeitung als Bezugspreis wieder gegeben werden muß, sei wenig erreicht; er wirke eher abschreckend für die Fachgenossen.

(Schluß folgt.)